Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege

17.02.2026

Jahresbericht 2025 der AG Nachhaltigkeit und Klima

Vorsitz: Janina Yeung, Paritätischer Gesamtverband



Die Arbeitsgruppe Nachhaltigkeit und Klimaschutz hat sich das Ziel gesetzt, Klimaschutz und Klimaanpassung in Einrichtungen und Diensten der Freien Wohlfahrtspflege voranzutreiben.

Sie setzt sich für die Verbesserung der Rahmenbedingungen in der Freien Wohlfahrtspflege ein, in dem sie Positionen erarbeitet und mit politischen Entscheidungsträger:innen das Gespräch sucht.

Die AG unterliegt dem Gremium der Finanzkommission.

Offener Brief mit Fachgruppe Klimagerechtigkeit und sozialökologische Transformation in der Sozialen Arbeit

Die ökologischen Krisen ändern die Lebensrealitäten der Zielgruppen Sozialer Arbeit und die Arbeitsrealitäten der Sozialarbeiter*innen. Um angehende Sozialarbeitende auf diese Veränderungen gut vorzubereiten, müssen ökologische Bezüge stärker in die Ausbildung integriert werden.

Deshalb richtete sich die BAGFW mit einem offenen Brief im Sommer 2025 an die Verantwortlichen der Studiengänge Soziale Arbeit.

Klimapakt Gesundheit

Der Klimapakt Gesundheit ist eine gemeinsame Selbstverpflichtung zentraler Akteure, Klimaschutz und Klimaanpassung systematisch im Gesundheitswesen zu verankern. Ziel ist es, durch regelmäßigen Austausch bewährte Konzepte weiterzuentwickeln, Einrichtungen und Kommunen bei der gesundheitsförderlichen und klimafreundlichen Gestaltung von Lebenswelten zu unterstützen und Nachhaltigkeitskriterien wie Energieeffizienz, erneuerbare Energien, nachhaltige Beschaffung und Ressourcenschonung stärker zu berücksichtigen. Zugleich sollen wissenschaftliche Erkenntnisse zu den Wechselwirkungen von Klima und Gesundheit besser genutzt, neue Gesundheitsrisiken früh erkannt und in Ausbildung sowie Praxis integriert werden. Eine zentrale Rolle kommt dem Bundesministerium für Gesundheit (BMG) zu, das den politischen Rahmen setzt und die Zusammenarbeit der Akteure koordiniert.

Die BAGFW hat bei den Treffen des Klimapakts Gesundheit einen ständigen Sitz und bringt die eigene Expertise ein. Nach der Bundestagswahl wurde das BMG umgestaltet und das Referat „Klima und Umwelt“ ist in Abt. 3, Unterabteilung 31 mit dem Titel „Umweltbezogener Gesundheitsschutz“ überführt worden. Der Klimapakt Gesundheit wünscht sich, die Arbeit in dieser neuen Struktur fortführen zu können, ein neues Treffen für 2026 ist bisher nicht geplant.

Runder Tisch Klimaanpassung

Das Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) lud am 27. Juni 2025 und am 17. November 2025 zur Sitzung des Runden Tisches Klimaanpassung ein. Der Runde Tisch bringt zweimal im Jahr rund 20 Verbände und Institutionen aus verschiedenen Bereichen zusammen, um sich fachübergreifend zu Fortschritten und Herausforderungen bei der Anpassung an die Folgen des Klimawandels auszutauschen und ein breites Bündnis hierfür zu schaffen.

Ziel ist es, Informationen zu teilen sowie Erfahrungen, Anregungen und Bedarfe systematischer zu erfassen und die Akteure sektorübergreifend zu vernetzen. Nach der Auftaktsitzung im Juni setzte sich die zweite Sitzung im November einen klaren thematischen Schwerpunkt auf die Finanzierung von. Beim Runden Tisch waren an beiden Terminen die AG-Vorsitzende und zur Auftaktsitzung die BAGFW-Geschäftsführung vertreten.

Treffen mit dem Parlamentarischen Staatssekretär Carsten Träger

Am 9. Juli 2025 konnten Vertreter:innen der AG gemeinsam mit der BAGFW-Geschäftsführerin mit dem Parlamentarischen Staatssekretär Carsten Träger im Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) über die zentrale Rolle gemeinnütziger Institutionen und Einrichtungen im sozialen Sektor im Kampf gegen den Klimawandel sprechen. Es wurde verdeutlicht, dass gemeinnützige Organisationen im sozialen Bereich durch nachhaltiges

Wirtschaften einen bedeutenden Beitrag zum Klimaschutz leisten können.

Um dieses Potenzial voll auszuschöpfen, benötigt die Freie Wohlfahrtspflege wirksame Förderprogramme und die Berücksichtigung der sozialen Infrastruktur beim beschlossenen Sondervermögen des Bundes.

Dialog mit Umweltbundesamt: „Soziale Gerechtigkeit im Umwelt- und Klimaschutz“

Am 10. Juli 2025 trafen sich Vertreter:innen der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, unter Leitung von BAGFW-Präsident Achim Meyer auf der Heyde, sowie des VdK Deutschland und der Volkssolidarität mit Vertretungen des Umweltbundesamtes, geleitet von Präsident Dirk Messner. Der Dialog konzentrierte sich auf zentrale Fragen: Wie können Investitionen sowie die Energie-, Wärme- und Verkehrswende sozial gerecht gestaltet werden? Und wie kann Umwelt- und gesundheitliche Chancengerechtigkeit gestärkt werden? Der Austausch verdeutlichte das gemeinsame Interesse aller Beteiligten an einer klimafreundlichen Politik, die soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt stellt.

Stellungnahme der BAGFW zum Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung eines

Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität (Referentenentwurf)

Die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege begrüßten die Einrichtung des Sondervermögens für Investitionen in die Infrastruktur und Klimaneutralität. Die AG arbeitete eine Stellungnahme zum Referentenentwurf zu und betonte die Notwendigkeit, Mittel bereitzustellen, um Einrichtungen energetisch zu sanieren. Dies trage zum Ziel der Klimaneutralität bei und schütze vor steigenden Energiekosten. Daneben seien Investitionen in den Schutz vor Hitze und extremen Wetterereignissen notwendig, um die Gesundheit und Sicherheit besonders schutzbedürftiger Menschen zu gewährleisten.

Verbändebeteiligung des Deutschen Nachhaltigkeitskodex (DNK)

Im Sommer 2025 beteiligten sich Kolleg:innen der AG an der Verbändebeteiligung des Deutschen Nachhaltigkeitskodex (DNK) zum freiwilligen Nachhaltigkeitsberichts-standard VSME.

Mit Unterstützung von Plant Values und in einem Workshop mit etwa 60 Teilnehmenden aus den verschiedenen Verbänden und Mitgliedsorganisationen wurden branchenspezifische Hinweise und Praxisbeispiele zu den verschiedenen Kriterien erarbeitet, die im VSME abgefragt wurden. Diese wurde im Herbst 2025 an den DNK übergeben, der sie in die digitale DNK-Plattform einarbeitet. Eine Integration in das Tool ist im 1. Quartal 2026 geplant. Auf Wunsch der Mitgliedsorganisationen erstellt die AG in Zusammenarbeit mit Plant

Values zudem einen Leitfaden zum VSME, der ebenfalls im 1. Quartal 2026 fertig gestellt werden soll.

Ligen-Treffen - Thema Sozialer Klimaschutz / Sondervermögen

Am 22. Oktober 2025 haben sich die Ligen-Vertreter:innen mit Vertreter:innen der BAGFW auf Bundesebene zu einem Austausch zum Sondervermögen getroffen, mit Schwerpunkt sozialer Klimaschutz. Bei dem Treffen war auch die AG-Vorsitzende anwesend, um die Expertise der AG einzubringen.

Austausch Elektromobilität in Wohlfahrtsverbänden mit NABU

Beim AG-Treffen am 8. Oktober 2025 war Christian Kopp vom NABU (Naturschutzbund Deutschland) e.V. zu Gast.

Es wurde sich zum Thema „Elektrifizierung von Betriebsflotten“ mit Fokus auf die ambulante Pflege ausgetauscht. Fahrzeuge in der ambulanten Pflege sind aufgrund ihres Nutzungsprofils häufig ideal für eine Umstellung auf Elektromobilität geeignet. Mit mehreren zehntausend bis hunderttausend Fahrzeugen bundesweit liegt hier ein bedeutendes Potenzial für den Hochlauf der E-Mobilität – vorausgesetzt, die politischen und finanziellen Rahmenbedingungen unterstützen diesen Schritt. Es

wurde verabredet, auf Fachebene auf die zuständigen Referate/Ministerien zuzugehen.

Spitzengespräch zu sozialer Umwelt- und Klimapolitik mit Bundesminister Carsten Schneider

In einem Gespräch mit dem Bundesumweltminister Carsten Schneider diskutierten Vertreterinnen und Vertreter der Wohlfahrtsverbände am 20. Oktober 2025 im Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) zentrale Fragen zu sozial gerechtem Klimaschutz. Im Fokus stand der dringende Bedarf an verlässlichen, gemeinnützigkeitsgerechten Förderprogrammen für Klimaschutzmaßnahmen in sozialen Einrichtungen, verbunden mit der Forderung nach einer ressortübergreifenden Koordinierung durch das Umweltministerium.

Minister Schneider sagte zu, hierzu ein abgestimmtes Papier mit anderen Ressorts zu erarbeiten; gemeinsam mit dem Umweltbundesamt soll zudem eine Roadmap entwickelt werden, die u. a. klare Ziele, Förderprogramme für gemeinnützige Träger und rechtliche Anpassungen umfasst. Ein weiterer Schwerpunkt war die Entlastung einkommensschwacher Haushalte bei steigenden Energie- und Mobilitätskosten, wobei gezielte, unbürokratische Instrumente und ein mögliches einkommensabhängiges Klimageld diskutiert wurden. Abschließend wurde vereinbart, ein Folgetreffen auf Arbeitsebene einzuberufen, um Roadmap und weitere Schritte konkret voranzubringen.

Die AG Nachhaltigkeit und Klima wird dies 2026 weiterverfolgen.

Zum Seitenanfang